

# «Der Bund steht auf verlorenem Posten»

**EU** Der Bundesrat will eine Verschärfung der flankierenden Massnahmen, um Missbräuche der Personenfreizügigkeit zu verhindern. «Bringt nichts», sagt der Wirtschaftsprofessor.

INTERVIEW BARBARA INGLIN  
barbara.inglin@luzernerzeitung.ch

**Reiner Eichenberger, der Bundesrat will Scheinselbstständigkeit und Lohndumping durch Arbeitnehmer aus EU/Efta-Staaten bekämpfen. Was halten Sie von den Massnahmen?**

**Reiner Eichenberger\*:** Gar nichts, der Bund steht mit dieser Strategie auf verlorenem Posten. Mehr Kontrollen führen einzig zu einer schrecklichen Bürokratisierung und dazu, dass kriminelle Energie darauf verwendet wird, die Kontrollen zu umgehen.

**Wird nicht mehr kontrolliert, unterbieten noch mehr Ausländer die Schweizer Löhne. Der Lohndruck steigt.**

**Eichenberger:** Der Schweizer Arbeitsmarkt wurde mit der Personenfreizügigkeit geöffnet. Jetzt gibt es viele Menschen, die bereit sind, zu einem Bruchteil der in der Schweiz üblichen Löhne zu arbeiten. Es ist sinnlos, diese Entwicklung zu bekämpfen und zum Beispiel Mindestlöhne durchzusetzen zu wollen. Sie ziehen nur noch mehr Einwanderer an und werden umgangen. Wenn ein rumänischer Gipser für 2000 Franken im Monat arbeiten will, wird er das machen. Das ist aber nicht nur schlecht. Tiefe Lohnkosten sind gut für die Unternehmen und bewirken für die Konsumenten tiefere Preise. All das schafft wiederum neue Arbeitsplätze.

**Das hat aber zur Folge, dass der Schweizer Gipser keine Stelle mit anständiger Bezahlung mehr findet.**

**Eichenberger:** In einzelnen Bereichen werden die Löhne wohl stark fallen. Da braucht es Weiterbildung und Umschulung. Schweizer sollen in jenen Bereichen arbeiten, wo sie nicht von ausländischen Arbeitern unterboten werden.

**Über längere Zeit werden auch die neu zugewanderten Arbeiter sich weiterbilden und die Schweizer wiederum verdrängen. Wie lange geht das gut?**

**Eichenberger:** Solange die Wirtschaft stärker wächst als die Bevölkerung, geht die Rechnung auf. Vor allem in der Exportindustrie sehe ich noch grosses Potenzial. Endlos wird das Wachstum aber nicht weitergehen, weil der Produktionsfaktor Land schnell knapper wird.

**Und dann?**

**Eichenberger:** Die Bodenpreise steigen. Zuwanderer werden sich überlegen, ob der höhere Lohn die ebenfalls höheren Wohnungspreise wettmacht. Ist dies nicht mehr der Fall, kommen sie auch nicht mehr. So stellt sich ein Gleichgewicht ein.

**Die Boden- und Mietpreise steigen aber auch für Schweizer. Darunter leiden dann genau wieder jene mit tiefem Einkommen am stärksten.**

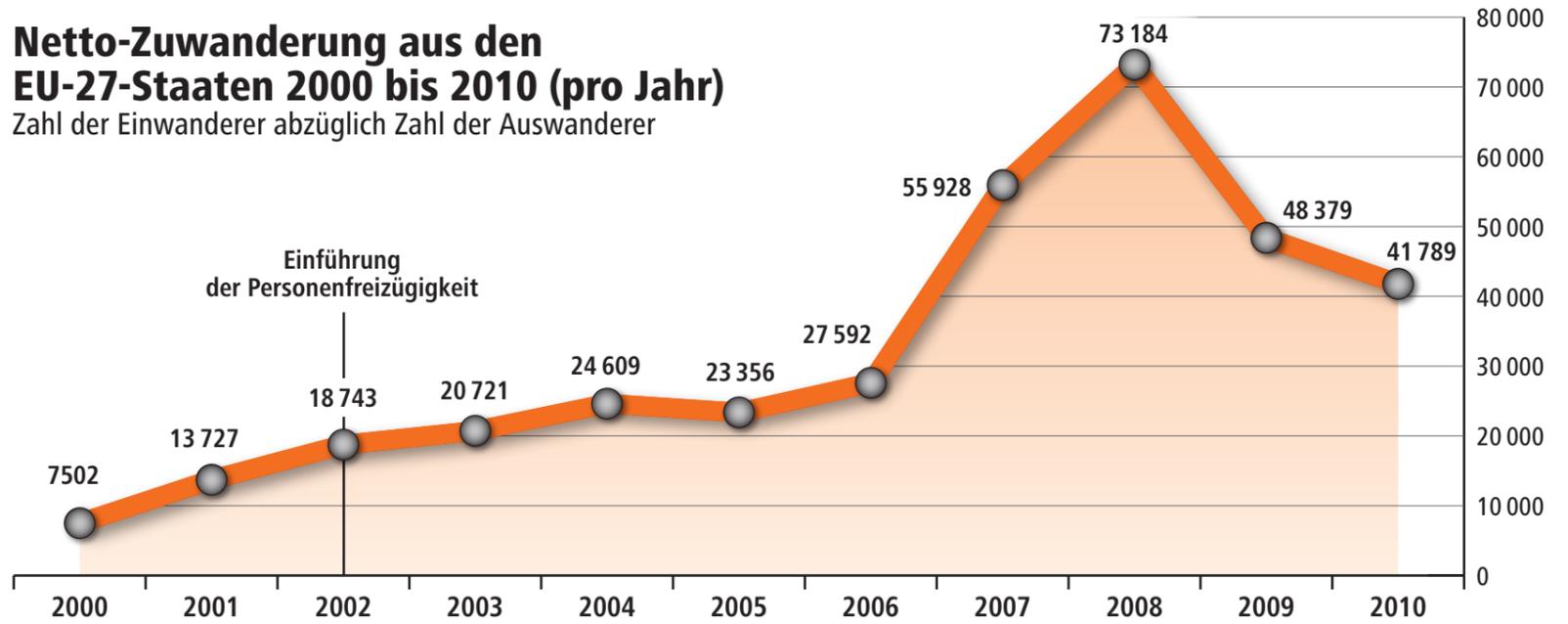
**Eichenberger:** Wir bräuchten tatsächlich eine Kompensation für den Lohnverlust, der Schweizern durch die Personenfreizügigkeit entsteht. Die Frage ist, wie wir den zusätzlichen Wohlstand, der durch die Grenzöffnung entsteht, gezielt für die Schweizer abschöpfen können.

**Haben Sie einen Lösungsvorschlag?**

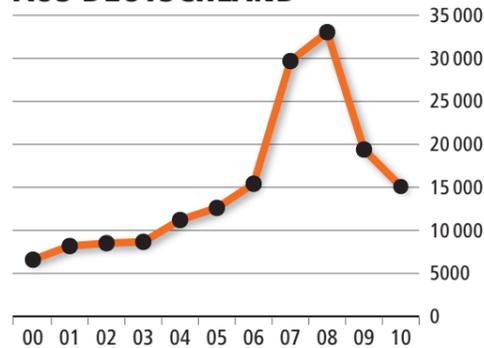
**Eichenberger:** Am einfachsten wäre eine Einwanderungssteuer. Aber das ist mit den bestehenden Verträgen mit der EU nicht möglich. Denkbar wäre hingegen, dass wir unser Tafelsilber dafür einsetzen, dass es ausschliesslich den

## Netto-Zuwanderung aus den EU-27-Staaten 2000 bis 2010 (pro Jahr)

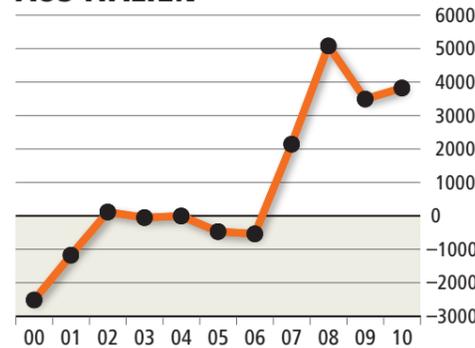
Zahl der Einwanderer abzüglich Zahl der Auswanderer



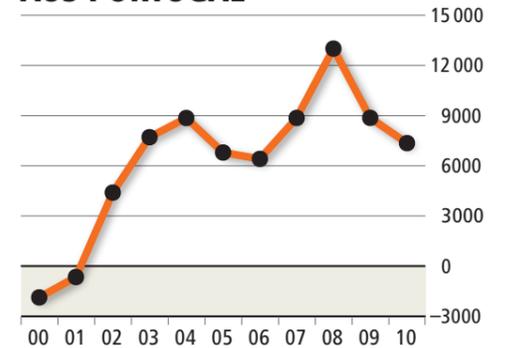
### AUS DEUTSCHLAND



### AUS ITALIEN



### AUS PORTUGAL



Die Zuwanderung aus den EU-Staaten in die Schweiz nimmt weiterhin zu, allerdings zeigt sich in der Grafik deutlich die Abhängigkeit von der Wirtschaftslage. Die immer noch gute Lage der Schweiz schlägt sich in den Zuwanderungszahlen aus Italien nieder.

Quelle: Bundesamt für Migration/Grafik Rich Weber

bisherigen Einwohnern der Schweiz zugutekommt. Ich denke an die massiven Gewinne der Post, Swisscom oder der Nationalbank. Wenn wir damit einfach die Steuern senken, profitieren Schweizer und neu Zugewanderte gleichermaßen. Stattdessen könnte man dieses Geld gezielt an jene auszahlen, die schon länger in der Schweiz leben. Als Modell dafür könnte man die alten Korporationsgemeinden nehmen, die es in der Innerschweiz teilweise immer noch gibt.

**Die Schweizer Wirtschaft kriselt. Trotzdem nimmt die Nettoeinwanderung, entgegen den Versprechungen des Bundesrates, immer noch zu. Hat sich der Bundesrat verrechnet?**

**Eichenberger:** Diese Annahme war völlig naiv und beruht auf zwei Denkfehlern. Erstens kehren die Zuwanderer nur dann zurück, wenn nur die Schweiz in der Krise steckt. Im Moment steht die Schweiz im europäischen Vergleich aber noch sehr gut da, es gibt für diese Leute keinen Grund, vermehrt nach Deutschland, Portugal oder Italien zurückzu-



**«Will ein rumänischer Gipser für 2000 Franken im Monat arbeiten, wird er das machen.»**

REINER EICHENBERGER

kehren. Also bleiben sie. Zweitens werden auch dann neue Arbeitskräfte gesucht, wenn keine neuen Stellen geschaffen werden, da es immer eine Fluktuation gibt. Gerade in Krisenzeiten suchen Personalverantwortliche günstige Arbeitskräfte, die sie eher im Ausland finden.

**Verschärft der starke Franken die Situation?**

**Eichenberger:** Der Arbeitsort Schweiz ist dadurch massiv attraktiver geworden. Das gilt für alle, die in der Schweiz einen Überschuss erwirtschaften, etwa um die Familie im Ausland zu unterstützen, für Grenzgänger oder für alle, die in der Schweiz sparen und mit dem Ersparten im Ausland ein Haus kaufen wollen. Ihr Schweizer Lohn ist dank dem starken Franken im Ausland 20 Prozent mehr wert.

**Der garantierte Familiennachzug führt dazu, dass viele nicht arbeitstätige Personen einwandern. Mit welchen Folgen?**

**Eichenberger:** Den Familiennachzug kann man nicht verbieten. Ihn zu kritisieren, ist politisch inkorrekt. Dabei hat er

dramatische Folgen. Vom Bund wird uns immer vorgerechnet, dass die Einwanderer höhere Steuereinnahmen generieren. Das stimmt nur unter der Bedingung, dass eine Person keine Kinder mitbringt oder sehr lange in der Schweiz bleibt.

**Hat die Personenfreizügigkeit überhaupt positive Aspekte?**

**Eichenberger:** Insgesamt ist die Öffnung trotz allem positiv. Die Zuwanderung führt langfristig zu einem fiskalischen Überschuss. Die Öffnung des Arbeitsmarktes bringt Vorteile für die bisherigen Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Einwanderer. Wenn die Löhne sinken, profitieren die Schweizer Firmen. Deshalb muss sich der Bundesrat jetzt die Frage stellen, wie der Wohlfahrtsgewinn gezielt an die Schweizer Bevölkerung zurückgegeben werden kann. Sanktionen und Kontrollen sind dafür definitiv der falsche Weg.

HINWEIS

► Reiner Eichenberger (50) ist Professor für Theorie der Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Fribourg. ◀

## Scheinselbstständigkeit soll bekämpft werden

**VERNEHMLASSUNG** kä/bin. Negative Begleiterscheinungen der Personenfreizügigkeit sorgen immer wieder für Schlagzeilen, etwa die Scheinselbstständigkeit. Das heisst: Angestellte ausländischer Firmen geben sich als Selbstständige aus, um die in der Schweiz geltenden minimalen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu umgehen. Im letzten Jahr haben sich 11 000 Personen als Selbstständigerwerbende angemeldet. Bei 2500 Personen wurde eine Scheinselbstständigkeit vermutet. Nun will der Bundesrat dieses Schlupf-

loch mit einer Anpassung der flankierenden Massnahmen stopfen. Unter anderem werden ausländische Selbstständige verpflichtet, Dokumente mitzuführen, damit sie einfacher überprüft werden können. Wer gegen diese Pflicht verstösst, muss mit einer Busse von bis zu 1000 Franken rechnen. Weiter sollen Verstösse gegen verbindliche Löhne stärker sanktioniert werden.

**SVP will Neuverhandlungen**

In der Vernehmlassung stossen die Vorschläge auf ein unterschiedliches

Echo. Für die SVP betreibt der Bundesrat «Symptombekämpfung». Sie fordert Neuverhandlungen mit dem Ziel, «die Zuwanderung wieder eigenständig zu steuern». Sie begrüsst aber neue Sanktionsmöglichkeiten gegen die Scheinselbstständigkeit. Die FDP stimmt den Anpassungen zu, behält sich aber Änderungen in der Detailberatung vor. Die Verstärkung der flankierenden Massnahmen sei auch deshalb dringend, weil die Akzeptanz in der Bevölkerung wegen der Missbräuche immer mehr unter Druck komme.

Die CVP zeigt sich mit der Vorlage «grundsätzlich einverstanden». Sie fordert den Bundesrat aber dazu auf, «die Einführung von flächendeckenden Kauttionen als Lösung für Lohndumping und Scheinselbstständigkeit» zu prüfen. Die SP begrüsst zwar die Massnahmen, doch sie gehen ihr «klar zu wenig weit». Der Bundesrat weigere sich, die flankierenden Massnahmen «endlich wirksam auszugestalten», und setze die Personenfreizügigkeit aufs Spiel. Sie verlangt unter anderem die Einführung von mehr und höheren Mindestlöhnen.